Dieses Dokument ist lediglich eine Dokumentationsquelle, für deren Richtigkeit die Organe der Gemeinschaften keine Gewähr übernehmen

►**B**

VERORDNUNG (EG) Nr. 872/2004 DES RATES

vom 29. April 2004

über weitere restriktive Maßnahmen gegen Liberia

(ABl. L 162 vom 30.4.2004, S. 32)

Geändert durch:

		Amtsblatt		
		Nr.	Seite	Datum
►**M1**	Verordnung (EG) Nr. 1149/2004 der Kommission vom 22. Juni 2004	L 222	17	23.6.2004
►**M2**	Verordnung (EG) Nr. 1478/2004 der Kommission vom 18. August 2004	L 271	36	19.8.2004
►**M3**	Verordnung (EG) Nr. 1580/2004 der Kommission vom 8. September 2004	L 289	4	10.9.2004
►**M4**	Verordnung (EG) Nr. 2136/2004 der Kommission vom 14. Dezember 2004	L 369	14	16.12.2004

▼B

VERORDNUNG (EG) Nr. 872/2004 DES RATES

vom 29. April 2004

über weitere restriktive Maßnahmen gegen Liberia

DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, insbesondere auf die Artikel 60 und 301,

gestützt auf den Gemeinsamen Standpunkt 2004/487/GASP des Rates über das Einfrieren von Geldern des ehemaligen liberianischen Präsidenten Charles Taylor und mit ihm verbundener Personen und Einrichtungen ([1]),

auf Vorschlag der Kommission,

in Erwägung nachstehender Gründe:

(1) Am 10. Februar 2004 hat der Rat im Anschluss an die Annahme der UNSCR 1521 (2003) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen über geänderte Maßnahmen betreffend Liberia, mit denen der veränderten Situation in Liberia und insbesondere dem Ausscheiden des Präsidenten Charles Taylor Rechnung getragen wird, und die Annahme des Gemeinsamen Standpunkts 2004/137/GASP des Rates vom 10. Februar 2004 über restriktive Maßnahmen gegen Liberia ([2]) die Verordnung (EG) Nr. 234/2004 über bestimmte restriktive Maßnahmen gegen Liberia ([3]) angenommen.

(2) Die UNSCR 1532 (2004) vom 12. März 2004 sieht vor, dass Gelder und wirtschaftliche Ressourcen eingefroren werden sollten, die dem ehemaligen liberianischen Präsidenten Charles Taylor, Jewell Howard Taylor und Charles Taylor Jr., anderen unmittelbaren Familienangehörigen, seinen früheren hochrangigen Beamten und anderen engen Verbündeten oder mit ihm verbundenen Personen, die von dem Sicherheitsrats-Ausschuss nach Nummer 21 der UNSCR 1521 (2003) benannt wurden, gehören oder von diesen kontrolliert werden.

(3) Die Handlungen und das politische Vorgehen des ehemaligen liberianischen Präsidenten Charles Taylor und anderer Personen, die insbesondere die Ressourcen Liberias geplündert und außer Landes geschafft und liberianische Gelder und Vermögenswerte verborgen haben, haben den Übergang Liberias zur Demokratie und die geordnete Entwicklung seiner politischen, administrativen und wirtschaftlichen Institutionen und Ressourcen untergraben.

(4) Da der Transfer veruntreuter Gelder und Vermögenswerte ins Ausland und die Verwendung dieser veruntreuten Gelder durch Charles Taylor und seine Verbündeten zur Untergrabung von Frieden und Stabilität in Liberia und der Region nachteilige Auswirkungen auf Liberia hat, müssen die Gelder von Charles Taylor und seinen Verbündeten eingefroren werden.

(5) Der Gemeinsame Standpunkt 2004/487/GASP sieht die Umsetzung von Maßnahmen zum Einfrieren von Geldern und wirtschaftlichen Ressourcen des ehemaligen liberianischen Präsidenten und seiner unmittelbaren Familienangehörigen, seiner früheren hochrangigen Beamten und anderer enger Verbündeter oder mit ihm verbundener Personen vor.

(6) Da diese Maßnahmen in den Geltungsbereich des Vertrags fallen, sind zu ihrer Umsetzung, insbesondere zur Vermeidung von Wettbewerbsverzerrungen und soweit die Gemeinschaft betroffen ist, gemeinschaftliche Rechtsvorschriften erforderlich. Für die Zwecke dieser Verordnung gilt als Gebiet der Gemeinschaft die

([1]) Siehe Seite 116 dieses Amtsblatts.
([2]) ABl. L 40 vom 12.2.2004, S. 35.
([3]) ABl. L 40 vom 12.2.2004, S. 1.

▼B

Gesamtheit der Hoheitsgebiete der Mitgliedstaaten, auf die der Vertrag nach Maßgabe seiner Bestimmungen Anwendung findet.

(7) Der Gemeinsame Standpunkt 2004/487/GASP sieht ferner vor, dass für humanitäre Zwecke oder zur Befriedigung von Forderungen aus Pfandrechten oder Gerichtsentscheidungen, die vor dem Datum der UNSCR 1532 (2004) bestanden, Ausnahmen von dem Erfordernis des Einfrierens gewährt werden können.

(8) Der UN-Sicherheitsrat hat seine Absicht bekundet zu prüfen, ob und wie die gemäß der UNSCR 1532 (2004) eingefrorenen Gelder und wirtschaftlichen Ressourcen der liberianischen Regierung zur Verfügung gestellt werden können, sobald diese Regierung transparente Rechnungsführungs- und Prüfungsregelungen eingeführt hat, damit sichergestellt ist, dass mit Staatseinkünften in verantwortungsvoller Weise umgegangen wird und diese unmittelbar dem liberianischen Volk zugute kommen.

(9) Damit die Wirksamkeit der in dieser Verordnung vorgesehenen Maßnahmen gewährleistet ist, tritt diese Verordnung am Tag ihrer Veröffentlichung in Kraft —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN

Artikel 1

Für die Zwecke dieser Verordnung gelten folgende Begriffsbestimmungen:

1. „Sanktionsausschuss“: Ausschuss des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen nach Ziffer 21 der UNSCR 1521 (2003);

2. „Gelder“: finanzielle Vermögenswerte und wirtschaftliche Vorteile jeder Art, unter anderem:

   a) Bargeld, Schecks, Geldforderungen, Wechsel, Geldanweisungen oder andere Zahlungsmittel,

   b) Guthaben bei Finanzinstituten oder anderen Einrichtungen, Guthaben auf Konten, Schulden und Schuldverschreibungen,

   c) öffentlich und privat gehandelte Wertpapiere und Schuldtitel einschließlich Aktien und Anteile, Wertpapierzertifikate, Obligationen, Schuldscheine, Optionsscheine, Pfandbriefe und Derivatverträge,

   d) Zinserträge, Dividenden oder andere Einkünfte oder Wertzuwächse aus Vermögenswerten,

   e) Kredite, Rechte auf Verrechnung, Bürgschaften, Vertragserfüllungsgarantien oder andere finanzielle Zusagen,

   f) Akkreditive, Konnossemente, Übereignungsurkunden,

   g) Dokumente zur Verbriefung von Anteilen an Fondsvermögen oder anderen Finanzressourcen,

   h) jedes andere Finanzierungsinstrument für Ausfuhren;

3. „Einfrieren von Geldern“: Die Verhinderung jeglicher Form von Bewegungen, Transfers, Veränderungen, der Verwendung von und des Zugangs zu Geldmitteln sowie des Handels mit ihnen, die deren Volumen, Beträge, Belegenheit, Eigentum, Besitz, Eigenschaften oder Zweckbestimmung verändern oder andere Veränderungen bewirken, mit denen eine Nutzung der Mittel einschließlich der Vermögensverwaltung ermöglicht wird;

4. „Wirtschaftliche Ressourcen“: Vermögenswerte jeder Art, unabhängig davon, ob sie materiell oder immateriell, beweglich oder unbeweglich sind, bei denen es sich nicht um Gelder handelt, die aber für den Erwerb von Geldern, Waren oder Dienstleistungen verwendet werden können;

▼B

5. „Einfrieren wirtschaftlicher Ressourcen“: Die Verhinderung der Verwendung dieser Ressourcen für den Erwerb von Geldern, Waren oder Dienstleistungen, also unter anderem den Verkauf, die Vermietung oder die Verpfändung dieser Ressourcen.

Artikel 2

(1) Sämtliche Gelder und wirtschaftlichen Ressourcen werden eingefroren, die im Eigentum oder unter der direkten oder indirekten Kontrolle des ehemaligen liberianischen Präsidenten Charles Taylor, von Jewell Howard Taylor und Charles Taylor Jr. sowie von folgenden von dem Sanktionsausschuss benannten und in Anhang I aufgeführten Personen und Einrichtungen stehen:

a) anderen unmittelbaren Familienangehörigen des ehemaligen liberianischen Präsidenten Charles Taylor,

b) hohen Amtsträgern des ehemaligen Taylor-Regimes und anderer enger Verbündeter oder mit ihm verbundener Personen,

c) juristischer Personen, Organisationen oder Einrichtungen, die im Eigentum oder unter der direkten oder indirekten Kontrolle der oben genannten Personen stehen,

d) jeder natürlichen oder juristischen Person, die im Namen oder auf Anweisung der oben genannten Personen handelt.

(2) Es wird sichergestellt, dass weder Gelder noch wirtschaftliche Ressourcen den in Anhang I aufgeführten natürlichen und juristischen Personen, Organisationen und Einrichtungen direkt oder indirekt zur Verfügung gestellt werden oder ihnen zugute kommen.

(3) Die wissentliche und vorsätzliche Teilnahme an Tätigkeiten, deren Zweck oder Wirkung mittelbar oder unmittelbar in der Umgehung der in den Absätzen 1 und 2 genannten Maßnahmen besteht, ist untersagt.

Artikel 3

(1) Abweichend von Artikel 2 können die in Anhang II aufgeführten zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten die Freigabe oder Bereitstellung bestimmter eingefrorener Gelder oder wirtschaftlicher Ressourcen genehmigen, wenn die zuständige Behörde feststellt, dass diese Gelder oder wirtschaftlichen Ressourcen

a) für Grundausgaben, namentlich für die Bezahlung von Nahrungsmitteln, Mieten oder Hypotheken, Medikamenten und medizinischer Behandlung, Steuern, Versicherungsprämien und Gebühren öffentlicher Versorgungseinrichtungen notwendig sind,

b) ausschließlich der Bezahlung angemessener Honorare und der Rückerstattung von Ausgaben im Zusammenhang mit der Leistung rechtskundiger Dienste dienen oder

c) ausschließlich der Bezahlung von Gebühren oder Kosten für die routinemäßige Verwahrung oder Verwaltung eingefrorener Gelder oder wirtschaftlicher Ressourcen dienen,

mit der Maßgabe, dass sie dem Sanktionsausschuss zuvor ihre Absicht zur Genehmigung des Zugriffs auf diese Gelder und wirtschaftlichen Ressourcen notifiziert und binnen zwei Arbeitstagen nach der Notifizierung keinen abschlägigen Bescheid des Sanktionsausschusses erhalten haben.

(2) Abweichend von Artikel 2 können die in Anhang II aufgeführten zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten die Freigabe oder Bereitstellung bestimmter eingefrorener Gelder oder wirtschaftlicher Ressourcen genehmigen, wenn die zuständige Behörde feststellt, dass die Gelder oder wirtschaftlichen Ressourcen für die Deckung außerordentlicher Ausgaben erforderlich sind, mit der Maßgabe, dass die zuständige Behörde dem Sanktionsausschuss diese Feststellung notifiziert und der Sanktionsausschuss die Feststellung gebilligt hat.

▼B

Artikel 4

Abweichend von Artikel 2 können die in Anhang II aufgeführten zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten die Freigabe bestimmter Gelder oder wirtschaftlichen Ressourcen genehmigen, wenn die nachstehenden Bedingungen erfüllt sind:

a) Die Gelder oder wirtschaftlichen Ressourcen sind Gegenstand eines bereits vor dem 12. März 2004 von einem Gericht, einer Verwaltungsstelle oder einem Schiedsgericht gewährten Pfandrechts oder einer von einer solchen Stelle vor diesem Datum erlassenen Entscheidung.

b) Die Gelder oder wirtschaftlichen Ressourcen werden ausschließlich für die Befriedigung von Forderungen verwendet, die durch ein solches Pfandrecht gesichert sind oder durch eine solche Entscheidung für vollstreckbar anerkannt wurden, wobei die Gesetze und Rechtsvorschriften, die die Rechte der solche Forderungen geltend machenden Personen begründen, einzuhalten sind.

c) Das Pfandrecht oder die Entscheidung begünstigt nicht eine von Sanktionsausschuss benannte und in Anhang I aufgeführte Person, Einrichtung oder Organisation.

d) Die Anerkennung des Pfandrechts oder der Entscheidung steht nicht im Widerspruch zur öffentlichen Ordnung des betreffenden Mitgliedstaats.

e) Die zuständige Behörde hat dem Sanktionsausschuss das Pfandrecht oder die Entscheidung notifiziert.

Artikel 5

Die jeweils zuständige Behörde unterrichtet die zuständigen Behörden der anderen Mitgliedstaaten und die Kommission über eine Genehmigung nach den Artikeln 3 und 4.

Artikel 6

Artikel 2 Absatz 2 gilt nicht für auf eingefrorenen Konten gutgeschriebene

a) Zinsen oder sonstige Erträge dieser Konten oder

b) Zahlungen aufgrund von Verträgen, Vereinbarungen oder Verpflichtungen, die vor dem Datum geschlossen wurden oder entstanden sind, ab dem diese Konten dieser Verordnung unterliegen,

vorausgesetzt, dass derartige Zinsen, sonstige Erträge und Zahlungen gemäß Artikel 2 Absatz 1 eingefroren sind.

Artikel 7

Artikel 2 Absatz 2 hindert ein Finanzinstitut nicht daran, auf eingefrorenen Konten die Gelder gutzuschreiben, die ihm von Dritten zur Gutschrift auf das Konto einer in der Liste erfassten Person oder Organisation übertragen werden, vorausgesetzt, dass solche Gutschriften auf eingefrorenen Konten ebenfalls eingefroren werden. Das Finanzinstitut unterrichtet die zuständigen Behörden unverzüglich über solche Transaktionen.

Artikel 8

(1) Unbeschadet der für die Berichterstattung, Vertraulichkeit und das Berufsgeheimnis geltenden Bestimmungen und unbeschadet des Artikels 284 des Vertrags sind natürliche und juristische Personen, Organisationen und Einrichtungen verpflichtet,

a) den in Anhang II aufgeführten zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten, in denen sie ihren Sitz oder eine Niederlassung haben, sowie der Kommission — direkt oder über diese zuständigen Behörden — unverzüglich alle Informationen zu übermitteln, die die Einhaltung dieser Verordnung erleichtern würden, z. B.

▼B

Informationen über gemäß Artikel 2 eingefrorene Konten und Guthaben;

b) mit den in Anhang II aufgeführten zuständigen Behörden bei der Überprüfung dieser Angaben zusammenzuarbeiten.

(2) Zusätzliche Informationen, die der Kommission direkt zugehen, werden den zuständigen Behörden der betroffenen Mitgliedstaaten zugänglich gemacht.

(3) Die gemäß diesem Artikel übermittelten oder erhaltenen Informationen dürfen nur für die Zwecke verwendet werden, für die sie übermittelt oder entgegengenommen wurden.

Artikel 9

Weder die natürlichen oder juristischen Personen oder Einrichtungen, die Gelder und wirtschaftliche Ressourcen in dem guten Glauben einfrieren, dass derartige Handlungen mit dieser Verordnung im Einklang stehen, noch deren Direktoren oder Beschäftigte können auf irgendeine Weise hierfür haftbar gemacht werden, sofern das Einfrieren der Gelder und wirtschaftlichen Ressourcen nicht erwiesenermaßen auf Nachlässigkeit zurückzuführen ist.

Artikel 10

Die Kommission und die Mitgliedstaaten unterrichten einander unverzüglich über die aufgrund dieser Verordnung ergriffenen Maßnahmen und teilen einander alle ihnen vorliegenden sachdienlichen Informationen im Zusammenhang mit dieser Verordnung mit, insbesondere über Verstöße und Durchführungsprobleme sowie Urteile nationaler Gerichte.

Artikel 11

Die Kommission wird ermächtigt,

a) Anhang I auf der Grundlage von Feststellungen des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen oder des Sanktionsausschusses sowie

b) Anhang II anhand der von den Mitgliedstaaten vorgelegten Informationen

zu ändern.

Artikel 12

Die Mitgliedstaaten erlassen Vorschriften über die Sanktionen, die bei Verstößen gegen diese Verordnung anzuwenden sind, und treffen alle erforderlichen Maßnahmen, um ihre Umsetzung zu gewährleisten. Die Sanktionen müssen wirksam, angemessen und abschreckend sein. Die Mitgliedstaaten setzen die Kommission unverzüglich nach dem Inkrafttreten der Verordnung von diesen Vorschriften in Kenntnis und teilen ihr jede nachträgliche Änderung mit.

Artikel 13

Diese Verordnung gilt

a) im Gebiet der Gemeinschaft einschließlich ihres Luftraums,

b) an Bord jedes Luftfahrzeugs und jedes Schiffes, das der Hoheitsgewalt eines Mitgliedstaats unterliegt,

c) für jede innerhalb oder außerhalb des Gebiets der Gemeinschaft befindliche Person, die die Staatsangehörigkeit eines Mitgliedstaats besitzt,

d) für alle nach dem Recht eines Mitgliedstaates gegründeten juristischen Personen, Gruppen oder Einrichtungen und

e) für jede juristische Person, Gruppe oder Einrichtung, die in der Gemeinschaft tätig ist.

▼B

Artikel 14

Diese Verordnung tritt am Tag ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Union* in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

▼**M1**

ANHANG I

Liste der natürlichen und juristischen Personen, Organisationen und Einrichtungen nach Artikel 2

1. Cyril Allen. Geburtsdatum: 26. Juli 1952. Weitere Angaben: ehemaliger Chairman (Vorsitzender) der „National Patriotic Party".

2. Viktor Anatoljevitch Bout (alias a) Butt, b) Bont, c) Butte, d) Boutov, e) Vitali Sergitov. Geburtsdatum: a) 13. Januar 1967, b) 13. Januar 1970. Weitere Angaben: Reisepass-Nr. a) 21N0532664 b) 29N0006765 c) 21N0557148 d) 44N3570350.

3. Charles R. Bright. Geburtsdatum: 29. August 1948. Weitere Angaben: ehemaliger „Minister of Finance" (Finanzminister).

4. M. Moussa Cisse (alias Mamadee Kamara). Geburtsdatum: 24. Dezember 1946 (26. Juni 1944). Weitere Angaben: ehemaliger „Chief of Presidential Protocol" (Leiter des Präsidialprotokolls). „Chairman" (Vorsitzender) der „Mohammad Group of Companies". Liberischer Diplomatenpass Nr. D001548-99; liberischer Reisepass Nr. 0058070.

5. Randolph Cooper. Geburtsdatum: 28. Oktober 1950. Weitere Angaben: ehemaliger „Managing Director" (Vorstandsvorsitzender) des „Robertsfield International Airport".

6. Jenkins Dunbar. Geburtsdatum: 10. Januar 1947. Weitere Angaben: ehemaliger „Minister of Lands, Mines, Energy" (Minister für Ländereien, Bergbau und Energie).

7. Myrtle Gibson. Geburtsdatum: 3. November 1952. Weitere Angaben: ehemalige Senatorin, Beraterin von Charles Taylor.

8. Reginald B. Goodridge (Senior). Geburtsdatum: 11. November 1952. Weitere Angaben: ehemaliger „Minister for Culture, Information, Tourism" (Minister für Kultur, Information und Tourismus).

9. ►**M2** Baba Jobe. Staatsangehörigkeit: gambisch. Weitere Angaben: Ehemaliger Direktor der „Gambia New Millenium Air Company'. Ehemaliges Mitglied des gambischen Parlaments ◄.

10. Ali Kleilat. Geburtsdatum: 10. Juli 1970. Geburtsort: Beirut. Staatsangehörigkeit: libanesisch.

11. Joseph Wong Kiia Tai. Weitere Angaben: „Executive" (leitender Angestellter) der „Oriental Timber Company".

12. ►**M2** Gus Kouwenhoven (*alias* a) Kouvenhoven, b) Kouenhoven, c) Kouenhaven). Geburtsdatum: 15. September 1942. Weitere Angaben: Besitzer des Hotel Africa; Präsident der „Oriental Timber Company'. ◄

13. ►**M2** Leonid Minin (*alias* a) Blavstein, b) Blyuvshtein, c) Blyafshtein, d) Bluvshtein, e) Blyufshtein, f) Vladimir Abramovich Kerler, g) Vladimir Abramovich Popiloveski, h) Vladimir Abramovich Popela, i) Vladimir Abramovich Popelo, j) Wulf Breslan, k) Igor Osols). Geburtsdatum: a) 14. Dezember 1947, b) 18. Oktober 1946, c) unbekannt). Staatsangehörigkeit: israelisch. Gefälschte deutsche Pässe (Name: Minin): a) 5280007248D, b) 18106739D. Israelische Pässe: a) 6019832 (6/11/94—5/11/99), b) 9001689 (23/1/97—22/1/02), c) 90109052 (26/11/97). Russischer Pass: KI0861177; bolivischer Pass: 65118; griechischer Pass: keine Angaben. Besitzer der „Exotic Tropical Timber Enterprises'. ◄

14. Samir M. Nasr (*alias* Sanjivan Ruprah). Geburtsdatum: 9. August 1966. Weitere Angaben: ehemaliger „Deputy Commissioner of the Bureau of Maritime Affairs" (Stellvertretender Kommissar im Amt für Meeresfragen).

15. Mohamed Ahmad Salami (*alias* Salame). Geburtsdatum: 22. September 1961. Staatsangehörigkeit: libanesisch. Weitere Angaben: Besitzer der „Mohamed and Company Logging Company".

16. Emmanuel Shaw (II). Geburtsdatum: 29. Juli 1956.

17. Agnes Reeves Taylor (*alias* Agnes Reeves-Taylor). Geburtsdatum: 27. September 1965. Weitere Angaben: ehemalige Ehefrau des ehemaligen Präsidenten Charles Taylor. Ehemalige ständige Vertreterin Liberias bei der Internationalen Seeschifffahrtsorganisation.

18. Charles „Chuckie" Taylor (Junior). Weitere Angaben: Sohn des ehemaligen Präsidenten Charles Taylor.

19. Charles Ghankay Taylor (*alias* Charles MacArthur Taylor). Geburtsdatum: 1. September 1947. Weitere Angaben: ehemaliger Präsident Liberias.

▼M1

20. ►M3 Jewell Howard Taylor. Geburtsdatum: 17. Januar 1963. Reisepass-Nr.: D/003835-04 (4/6/04-3/6/06). Weitere Angaben: Ehefrau des ehemaligen Präsidenten Charles Taylor ◄.

21. Tupee Enid Taylor. Geburtsdatum: 17. Dezember 1962. Weitere Angaben: ehemalige Ehefrau des ehemaligen Präsidenten Charles Taylor.

22. Benoni Urey. Geburtsdatum: 22. Juni 1957. Weitere Angaben: ehemaliger „Commissioner of Maritime Affairs“ (Kommissar für Meeresfragen).

23. Benjamin Yeaton. Liberischer Diplomatenpass D00123299. Weitere Angaben: ehemaliger Direktor, „Special Security Services“ (Sondersicherheitsdienste).

▼M3

24. Martin George. Weitere Angaben: Botschafter Liberia in der Bundesrepublik Nigeria.

25. Grace Beatrice Minor. Geburtsdatum: 31. Mai 1942.

26. Edwin Snowe. Weitere Angaben: Vorstandsvorsitzender („Managing Director“) der „Liberian Petroleum and Refining Corporation“ (LPRC).

▼B

ANHANG II

Liste der zuständigen Behörden nach den Artikeln 3, 4, 5, 7 und 10

BELGIEN

Föderaler Öffentlicher Dienst Finanzen
Verwaltung des Schatzamtes
Kunstlaan, 30
B-1040 Brüssel
Fax (32) 2 233 74 65
E-Mail: Quesfinvragen.tf@minfin.fed.be

▼M4

TSCHECHISCHE REPUBLIK

Ministerstvo průmyslu a obchodu
Licenční správa
Na Františku 32
110 15 Praha 1
Tel.: (420-2) 24 06 27 20
Fax: (420-2) 24 22 18 11

Ministerstvo financí
Finanční analytický útvar
PO Box 675
Jindřišská 14
111 21 Praha 1
Tel.: (420-2) 57 04 45 01
Fax: (420-2) 57 04 45 02

▼B

DÄNEMARK

Erhvervs- og Boligstyrelsen
Dahlerups Pakhus
Langelinie Allé 17
DK-2100 København Ø
Tel. (45) 35 46 60 00
Fax (45) 35 46 60 01

DEUTSCHLAND

Im Bereich Einfrieren von Guthaben:

Deutsche Bundesbank
Servicezentrum Finanzsanktionen
Postfach
D-80281 München
Tel. (49) 89 28 89 38 00
Fax (49) 89 35 01 63 38 00

Im Bereich Waren:

Bundesamt für Wirtschafts- und Ausfuhrkontrolle (BAFA)
Frankfurter Straße 29-35
D-65760 Eschborn
Tel. (49) 61 969 08-0
Fax (49) 61 969 08-800

▼M4

ESTLAND

Sakala 4
15030 Tallinn
Tel.: (372-6) 68 05 00
Fax: (372-6) 68 05 01

▼B

GRIECHENLAND

A. Einfrieren von Guthaben

Ministry of Economy and Finance
General Directory of Economic Policy
Address: 5 Nikis Str.,
Athens
Tel.: (30) 210 333 27 86
Fax: (30) 210 333 28 10

A. ΔΕΣΜΕΥΣΗ ΚΕΦΑΛΑΙΩΝ

Υπουργείο Οικονομίας και Οικονομικών
Γενική Δ/νση Οικονομικής Πολιτικής
Δ/νση: Νίκης 5 GR-101 80 Αθήνα
Tel. (30) 210 333 27 86
Fax (30) 210 333 28 10

B. Ein- und Ausfuhrbeschränkungen

Ministry of Economy and Finance
General Directorate for Policy Planning and Management
Kornaroy Str. GR-105 63 Athens
Tel. (30) 210 328 64 01-3
Fax (30) 210 328 64 04

B. ΠΕΡΙΟΡΙΣΜΟΙ ΕΙΣΑΓΩΓΩΝ — ΕΞΑΓΩΓΩΝ

Υπουργείο Οικονομίας και Οικονομικών
Γενική Δ/νση Σχεδιασμού και Διαχείρισης Πολιτικής
Δ/νση: Κορνάρου 1, Τ.Κ.
GR-105 63 Αθήνα — Ελλάς
Τηλ.: (30) 210 328 64 01-3
Φαξ: (30) 210 328 64 04

SPANIEN

Dirección General del Tesoro y Política Financiera
Subdirección General de Inspección y Control de Movimientos de Capitales
Ministerio de Economía
Paseo del Prado, 6
E-28014 Madrid
Tel. (34) 91 209 95 11
Fax (34) 91 209 96 56

FRANKREICH

Ministère de l'économie, des finances et de l'industrie
Direction générale des douanes et des droits indirects
Cellule embargo — Bureau E2
Tel. (33) 1 44 74 48 93
Fax (33) 1 44 74 48 97

Ministère de l'économie, des finances et de l'industrie
Direction du Trésor
Service des affaires européennes et internationales
Sous-direction E
139, rue du Bercy
F-75572 Paris Cedex 12
Tel. (33) 1 44 87 72 85
Fax (33) 1 53 18 96 37

Ministère des Affaires étrangères
Direction de la coopération européenne
Sous-direction des relations extérieures de la Communauté
Tel. (33) 1 43 17 44 52
Fax (33) 1 43 17 56 95
Direction générale des affaires politiques et de sécurité
Service de la Politique Étrangère et de Sécurité Commune
Tel. (33) 1 43 17 45 16
Fax (33) 1 43 17 45 84

▼B

IRLAND

Central Bank of Ireland
Financial Markets Department
PO Box 559
Dame Street
Dublin 2
Tel. (353) 1 671 66 66

Department of Foreign Affairs
Bilateral Economic Relations Division
80 St. Stephen's Green
Dublin 2
Tel.: (353) 1 408 21 53
Fax: (353) 1 408 20 03

ITALIEN

Ministero depli Affari Esteri
Piazzale della Farnesina, 1 I-00194 Roma
D.G.A.S. — Ufficio II
Tel. (39) 06 36 91 73 34
Fax. (39) 06 36 91 54 46

Ministero degli Affari Esteri
Piazzale della Farnesina, 1 I-00194 Roma
D.G.A.O. — Ufficio II
Tel. (39) 06 36 91 38 20
Fax (39) 06 36 91 51 61
U.A.M.A.
Tel. (39) 06 36 91 36 05
Fax. (39) 06 36 91 88 15

Ministero dell'Economia e delle finanze
Dipartimento del Tesoro
Comitato di Sicurezza Finanziaria
Via XX Settembre, 97 I-00187 Roma
Tel. (39) 06 47 61 39 42
Fax (39) 06 47 61 30 32

Ministero della attività produttive
Direzione Generale Politica Commerciale
Viale Boston, 35 I-00144 Roma
Tel. (39) 06 59 931
Fax (39) 06 59 64 75 31
Zuständigkeit: Ferdinando Nelli Feroci, Direttore Generale per l'Integrazione Europea

▼M4

ZYPERN

Υπουργείο Εξωτερικών
Λεωφ. Προεδρικού Μεγάρου
1447 Λευκωσία
Τηλ: (357-22) 30 06 00
Φαξ: (357-22) 66 18 81

Ministry of Foreign Affairs
Presidential Palace Avenue
1447 Nicosia
Tel.: (357-22) 30 06 00
Fax: (357-22) 66 18 81

LETTLAND

Latvijas Republikas Ārlietu ministrija
Brīvības iela 36
Rīga LV-1395
Tel.: (371) 701 62 01
Fax: (371) 782 81 21

Noziedzīgi iegūto līdzekļu legalizācijas novēršanas dienests
Kalpaka bulvārī 6
Rīga LV-1081
Tel.: (371) 704 44 31
Fax: (371) 704 45 49

▼M4

LITAUEN

Economics Department
Ministry of Foreign Affairs of the Republic of Lithuania
J.Tumo-Vaižganto 2
LT-2600 Vilnius
Tel.: (370-5) 236 25 92
Fax: (370-5) 231 30 90

▼B

LUXEMBURG

Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten
Direktion für Internationale Beziehungen
6, rue de la Congrégation
L-1352 Luxemburg
Tel. (352) 478 23 46
Fax (352) 22 20 48

Ministerium der Finanzen
3, rue de la Congrégation
L-1352 Luxemburg
Tel. (352) 478 27 12
Fax (352) 47 52 41

▼M4

UNGARN

Artikel 3 und 4

Hungarian National Police
Országos Rendőrfőkapitányság
1139 Budapest, Teve u. 4–6.
Magyarország
Puh./Faksi: (36-1) 443 55 54

Artikel 7

Ministry of Finance (nur in Bezug auf Gelder)
Pénzügyminisztérium
1051 Budapest, József nádor tér 2–4.
Magyarország
Postafiók: 1369 Pf.: 481
Tel.: (36-1) 318 20 66, (36-1) 327 21 00
Fax: (36-1) 318 25 70, (36-1) 327 27 49

MALTA

Bord ta' Sorveljanza dwar is-Sanzjonijiet
Direttorat ta' l-Affarijiet Multilaterali
Ministeru ta' l-Affarijiet Barranin
Palazzo Parisio
Triq il-Merkanti
Valletta CMR 02
Tel.: (356-21) 24 28 53
Fax: (356-21) 25 15 20

▼B

NIEDERLANDE

Ministerie van Financiën
Directie Financiële Markten, afdeling Integriteit
Postbus 20201
NL-2500 EE Den Haag
Tel. (31) 70 342 89 97
Fax (31) 70 342 79 84

ÖSTERREICH

Österreichische Nationalbank
Otto-Wagner-Platz 3
A-1090 Wien
Tel. (43) 1 404 20 43 1, 404 20-0
Fax (43) 1 404 20-73 99

▼M4

POLEN

Ministerstwo Spraw Zagranicznych
Departament Prawno – Traktatowy
Al. J. CH. Szucha 23
PL-00-580 Warszawa
Tel.: (48-22) 523 93 48
Fax: (48-22) 523 91 29

▼B

PORTUGAL

Ministério das Finanças
Direcção Geral dos Assuntos Europeus e Relações Internacionais
Avenida Infante D. Henrique, n.o 1, C 2.o
P-1100 Lisboa
Tel. (351) 21 882 32 40 47
Fax (351) 21 882 32 49

▼M4

SLOWENIEN

Bank of Slovenia
Slovenska 35
1505 Ljubljana
Tel.: (386-1) 471 90 00
Fax: (386-1) 251 55 16
http://www.bsi.si

Ministry of Foreign Affairs of the Republic of Slovenia
Prešernova 25
1000 Ljubljana
Tel.: (386-1) 478 20 00
Fax: (386-1) 478 23 47
http://www.gov.si/mzz

SLOWAKEI

Betr. finanzielle und technische Hilfe im Zusammenhang mit militärischen Aktivitäten:

Ministerstvo hospodárstva Slovenskej republiky
Sekcia obchodných vzťahov a ochrany spotrebiteľa
Mierová 19
827 15 Bratislava
Tel.: (421-2) 48 54 21 16
Fax: (421-2) 48 54 31 16

Betr. Gelder und wirtschaftliche Ressourcen:

Ministerstvo financií Slovenskej republiky
Štefanovičova 5
817 82 Bratislava
Tel.: (421-2) 59 58 22 01
Fax: (421-2) 52 49 35 31

▼B

FINNLAND

Ulkoasiainministeriö/Utrikesministeriet
PL/PB 176
FIN-00161 Helsinki/Helsingfors
Tel. (358) 9 16 05 59 00
Fax (358) 9 16 05 57 07

SCHWEDEN

Finansinspektionen
Box 6750
SE-103 98 Stockholm
Tel. (46) 8 787 80 00
Fax (46) 8 411 27 89

Riksförsäkringsverket
SE-103 51 Stockholm
Tel. (46) 8 786 90 00
Fax (46) 8 411 27 89

▼B

VEREINIGTES KÖNIGREICH

HM Treasury
Financial Systems and International Standards
1, Horse Guards Road
London SW1A 2HQ
Vereinigtes Königreich
Tel. (44) 207 270 59 77
Fax (44) 207 270 54 30

Bank of England
Financial Sanctions Unit
Threadneedle Street
London EC2R 8AH
Vereinigtes Königreich
Tel. (44) 207 601 46 07
Fax (44) 207 601 43 09

▼M4

EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT

Kommission der Europäischen Gemeinschaften
Generaldirektion Außenbeziehungen
Direktion GASP
Referat A.2: Rechtliche und institutionelle Fragen in den Außenbeziehungen — Sanktionen
CHAR 12/163
B-1049 Brüssel
Tel.: (32-2) 295 81 48, (32-2) 296 25 56
Fax: (32-2) 296 75 63